

Recht auf Stadt : Verstädterung von unten

Autor(en): **Twickel, Christoph**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Trans : Publikationsreihe des Fachvereins der Studierenden am
Departement Architektur der ETH Zürich**

Band (Jahr): - **(2012)**

Heft 21

PDF erstellt am: **14.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-918750>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

**RECHT AUF STADT
—
VERSTÄDTERUNG**

**VON
UNTEN**

Christoph Twickel

034

1.

Politiker reagieren auf die Forderungen nach einer anderen Stadtentwicklung gerne mit dem Versprechen, in Zukunft werde man die Einwohnerinnen und Einwohner bei den Entscheidungen mitreden lassen. Daher hat die Anzahl der Bürgeranhörungen in Hamburg, der Stadt, in der ich lebe, sprunghaft zugenommen, seit es eine ‚Recht auf Stadt‘-Bewegung gibt.

Bei einer dieser Anhörungen, auf der ich kürzlich war, meldete sich ein älterer Architekt zu Wort. Es ging um die Bebauung eines ehemaligen Bahngeländes mit bis zu 3'000 neuen Wohnungen – und natürlich beschwerten sich viele Bürger darüber, dass auch hier wieder zu zwei Dritteln Eigentumswohnungen und hochpreisige Apartments geplant sind. Der Architekt, ein Herr mit grauen Haaren, ergriff das Wort und erklärte dem Publikum, man solle bedenken, dass Bauen heute teuer sei. Wer nach heutigen Standards Wohnungen errichte, könne diese nicht unterhalb von elf Euro pro Quadratmeter Kaltmiete anbieten. Alles andere sei Augenwischerei. Wer also günstige Mieten fordere, so der Architekt, müsse sich klar darüber sein, dass die Gesellschaft diese Mieten subventionieren müsse.

Diese Haltung ist heute in deutschen Behörden, unter Stadtplanern und Politikern, vorherrschend: Dass das Recht auf Wohnen in der Stadt ein Privileg ist, das sich nicht alle leisten können, das sich aber auch nicht alle leisten können müssen. Umgekehrt: Das Recht auf eine günstige Wohnung gilt als Sozialleistung, die man nur durch besondere Bedürftigkeit verdient hat.

Die spannende Frage ist: Kann sich ein Architekt, der an den ökonomischen Realismus appelliert und der bei Neubauten eine Miete von mindestens elf Euro pro Quadratmeter angemessen findet, eine Stadt leisten, die nach dieser Massgabe gebaut wird? Wenn die, die seine Pizzen anliefern, sein Bier zapfen, seine Wohnung und sein Büro putzen, seine Enkelkinder hüten, an der Kasse seines Supermarkts sitzen und seine Pflege im Alter übernehmen, so viel Geld für ihre Dienstleistungen verlangten, dass sie sich elf Euro Kaltmiete pro Quadratmeter leisten könnten – könnte er sie noch bezahlen? Wohl kaum.

Der Appell an die vermeintliche ökonomische Vernunft ist also gesellschaftlich gesehen unhaltbar. Wer den Städte- und Wohnungsbau nicht als soziale Aufgabe

auffasst – wie es in Westdeutschland bis weit in die Siebziger üblich war – sondern ihn dem Markt überlassen will, der setzt auf einen Verdrängungswettbewerb.

Und eben das geschieht in Deutschland: Der Zugang zu den Netzwerken der Städte wird teurer und exklusiver. Die Angebotsmieten sind in den kreisfreien Städten in den vergangenen Jahren um 11 Prozent gestiegen, in Hamburg sind es gar 28 Prozent. Der Anteil der Mieterhaushalte, die mit einem Einkommen von unter 1'500 Euro monatlich auskommen müssen, liegt bei 44 Prozent. Mitte der Siebziger Jahre wurden in Deutschland noch 800'000 Wohnungen jährlich gebaut, Mitte der Neunziger 600'000 Wohnungen jährlich, heute sind es deutlich unter 200'000 – und davon entstehen nicht mal die Hälfte als Mietwohnungen und gerade mal fünf bis zehn Prozent mit sozialer Wohnraumförderung. Deutschlands Städte spucken die Geringverdiener aus, um den Gutverdienern Platz zu machen – weil die es sind, die sich für die Immobilienwirtschaft bezahlt machen.

2.

Die Reichen verdrängen die Armen: Das, was man im allgemeinen ‚Gentrifizierung‘ nennt, gilt in Zeiten des Finanzmarkt-Kapitalismus als Qualitätsmerkmal für eine vergleichsweise gesunde, krisenfeste Immobilienwirtschaft – deshalb freuen sich Westeuropas Politikerinnen und Politiker auch darüber und geben diesem Verdrängungsprozess wohlklingende Namen wie ‚Aufwertung‘ oder ‚urban renewal‘.

Im Süden Europas, in den USA und in der sogenannten Dritten Welt nimmt die Immobilienwirtschaft auch die Armen als spekulative Basis für Urbanisierung. In der Dokumentation ‚Ekumenopolis‘ etwa begleiten die Filmemacher zwei obdachlose Familien – ehemalige Arbeiter aus einer deindustrialisierten Provinz – die in Istanbul ein Auskommen suchen. Wir sehen, wie Bulldozer ihre Slum-Bretterbuden zerstören, weil sie einem Neubauprojekt im Wege sind. Stattdessen erhalten die Familien von der staatlichen Wohnungsbau-gesellschaft ‚Toki‘ das Angebot, auf Pump in eine Wohnung in einer der riesigen Grosssiedlungen zu ziehen, die ‚Toki‘ derzeit massenhaft weitab vom Zentrum der Stadt errichtet. Man erklärt ihnen, dass es für einen solchen Kredit ausreicht, wenn eine Person aus einem zehnköpfigen Haushalt einen Mindestlohn bezieht.

Die ehemaligen Proletarier müssen im Anschluss an die Ströme der Stadt überleben – und eben dieser Überlebenskampf wird kapitalisiert, indem eine Immobiliengesellschaft darauf eine Hypothek für einen Neubau gibt. Das mit dem Neubau verbundene Stadterneuerungsprogramm wiederum zerstört die Netzwerke, auf denen die Existenz der Slumfamilien basiert. Die Behörden lassen die informellen Stadtteile von Istanbul schleifen, um ihre Bewohner dem kreditfinanzierten Grosssiedlungsbau zuzutreiben, was diesen den urbanen Überlebenskampf erschwert: Sie müssen z.B. stundenlang mit dem Bus fahren, um ins Zentrum zu kommen und an der informellen Ökonomie der Stadt teilzuhaben.

David Harvey zitiert in seinem Aufsatz «Die urbanen Wurzeln der Finanzkrise» eine Stelle aus dem kommunistischen Manifest: **Sobald der Arbeiter** «seinen Arbeitslohn bar ausgezahlt erhält, so fallen die anderen Teile der Bourgeoisie über ihn her, der Hausbesitzer, der Krämer, der Pfandleiher usw.»

Das Beispiel aus Istanbul zeigt: Im Finanzmarkt-Kapitalismus fällt das Immobilienkapital sogar über ehemalige Proletarier her, die gar nicht mehr Arbeitslohn im eigentlichen Sinne beziehen. In den USA z.Bsp. ist auch das afroamerikanische Prekariat Teil der Immobilienblase geworden. Das fehlende Einkommen oder Vermögen, das üblicherweise als Sicherheit für Hypotheken fungiert, haben die Finanzinstitute sozusagen per Spekulation kompensiert: Solange die Immobilienpreise steigen, so die spekulative Rechnung, könnten auch die Armen Gewinn mit einem Verkauf der Immobilie machen, für die sie sich verschuldet haben. Diese Leute können somit trotz Armut als kreditwürdig gelten. Durch die Verbriefung von Hypotheken haben die Finanzhäuser die Risiken weitergereicht und zur Grundlage neuer Spekulationen gemacht. Nach dem Platzen der Blase in der sogenannten «Subprime-Krise» 2008 ist es dann zu einem massiven Reichtumstransfer hin zu den Banken gekommen. Über eine Million Häuser sind in den USA im Jahre 2010 zwangsversteigert worden – das macht die Dimension klar.

3.

Diese beiden Verlaufsformen heutiger Urbanisierung – die Verdrängung der Prekären durch die Wohlhabenden und die Hypothekisierung der Armut – mögen das Spektrum verdeutlichen, in dem sich Kämpfe um das

Recht auf Stadt heute weltweit bewegen. Bezüglich Wohnungsfrage ausgedrückt: Die einen kämpfen für bezahlbare Wohnungen, die anderen kämpfen gegen Schuldknechtschaft und Enteignung.

Doch das «Recht auf Stadt» erschöpft sich nicht in der Wohnungsfrage - wie den realexistierenden Wohnungskämpfen eigentlich auch immer abzulesen ist. Egal, ob in Istanbul, den USA oder Hamburg-Altona: Hier wie dort kämpfen die, die sich selbiges nicht zu den marktüblichen Preisen leisten können, darum, an die Netzwerke der Stadt angeschlossen zu bleiben. Die Wohnungsfrage steht oftmals im Zentrum dieser Auseinandersetzungen, doch Recht auf Stadt meint eigentlich, dass sich Klassenkämpfe zunehmend territorial ausdrücken: Als Kampf des Prekariats um die Stadt als Standort.

Nehmen wir als Beispiel die sozialen Kämpfe in Venezuela, die Hugo Chávez und die sogenannte «bolivarische Revolution» hervorgebracht haben. Die kommunistischen und sozialistischen Parteien und Gewerkschaften Venezuelas spielten bei diesen Prozessen in den Achtzigern und Neunzigern eine marginale Rolle, weil sie an der Arbeiterkampf-Programmatik der klassischen KP's festhielten: Dass der Kampf Arbeit gegen Kapital in der Fabrik, also am Arbeitsplatz, stattfindet. Das konnte nicht funktionieren in einem Land, dessen Reichtum auf dem Petrodollar basiert und es kaum Industrieproletariat gibt. Eine wirkliche Sammlungsbewegung entstand dagegen, als die Armen in Caracas begannen, die Barrios, in denen sie leben, zum Zentrum ihrer Kämpfe zu machen. Man kämpfte um den Anschluss an die städtischen Strom- und Wassernetze, für eine lokale Gesundheitsversorgung, gegen die Gewalt der Polizei und der Gangs in der Nachbarschaft und man organisierte Komitees für urbanen Ackerbau, usw.

Ohne die extremen Unterschiede im Wohlstands- bzw. Armutsniveau zwischen globalem Norden und Süden nivellieren zu wollen, kann man sagen, dass es bei den Kämpfen um das Recht auf Stadt hier wie dort darum geht, in der Stadt auch zu produzieren. Es geht darum, dass der Wohnort nicht abgekoppelt von den Arbeitsorten und Verkehrsströmen liegt, es geht um die Nischen und Brachen der Städte, denen kein unbezahlbarer Preis anhaftet, weil es für sie gerade keinen Markt gibt und die deshalb für das urbane Prekariat zu Produktionsorten oder Marktplätzen werden können, es geht um die Zugänglichkeit des öffentlichen Raums als Ort informeller Ökonomie.

Peter Burghardt hat vor 2007 in der ‹Süddeutschen Zeitung› am Beispiel von São Paulo beschrieben, wie der globale Nahrungsmittelkonzern ‹Nestlé› mit ambulanten Verkäufern in den Favelas Neukunden sucht und findet, die auf Kreditbasis Süßigkeiten, Trinkjoghurts, Kinderbrei etc. kaufen. Das mag ein bizarr anmutendes Beispiel sein – doch genau hier manifestiert sich, worum es geht. Zugespitzt formuliert: Die Expansionsstrategien transnationaler Konzerne und Finanziers, seien es Immobiliengiganten, Telekommunikations-, Nahrungsmittel- oder Müllkonzerne, tendieren dazu, alle informellen Produktionsvorgänge und Dienstleistungen zu kommodifizieren. Die, die nicht zu den Angestellteneliten dieser expandierenden globalen Ökonomien gehören, sollen die Rolle der Konsumenten einnehmen, die sich für ihren Konsum verschulden. Die Zerstörung der sogenannten irregulären Städte, also der Barrios, Favelas, Slums und Shantytowns zugunsten von Grosssiedlungen oder gigantischen, uniformierten Reihenhaus-Stadtteilen, zerstört auch die Produktions- und Vertriebs-Netzwerke, die sich hier gebildet haben.

Diese Mikrocluster sind bisweilen sogar Bestandteil der globalisierten Produktion: Christoph Schäfer etwa erwähnt in seinem Buch ‹Die Stadt ist unsere Fabrik› die rasante Dynamik der indischen Software-Industrie, die, ohne die Zuliefer- und Servicestruktur der irregulären Teile von Delhi, oder anderen indischen Metropolen, nicht möglich wäre. Dieser Prozess findet unter ausbeuterischen und unmenschlichen Verhältnissen statt und mir liegt es fern, die informelle Ökonomie der Barrios und Slums zu idealisieren. Ich will aber das Augenmerk darauf legen, dass ihre Zerstörung ihre Bewohner sozusagen ihrer Fähigkeiten und ihrer Zusammenhänge enteignet. Die Bewohner der brasilianischen Favelas oder der indischen Slums mögen um vieles ärmer sein als das vielbeschworene ‹abgehängte Prekariat› in deutschen Grosssiedlungen – aber womöglich sind sie weniger hilflos, solange sie Güter und Dienstleistungen informell produzieren und vertreiben können, statt bloss als Empfänger von Transferleistungen, als Zielgruppe sinnloser Fortbildungs- und Disziplinierungsmassnahmen sowie als Konsumenten gefragt zu sein.

‹Recht auf Stadt› ist keine Bewegung – und wird sich auch nicht zu einer solchen entwickeln – die einer zentralistischen revolutionären Programmatik folgt und die Gefahr läuft, zur Partei zu werden. Der Begriff ‹Recht auf Stadt› umreisst ein Feld, auf dem

heute und in Zukunft soziale Kämpfe stattfinden. ‹Recht auf Stadt› ist ein Slogan im Widerstand gegen den stadtplanerischen Klassenkampf von oben, der Städte plant, in denen der Quadratmeter nicht unter elf Euro Kaltmiete kostet und die auf der Schuldknechtschaft von Einkommenslosen errichtet werden sollen. ‹Recht auf Stadt› bedeutet, aktivistisch gesehen, fortwährende Arbeit an der organisierten Gelegenheit zur Vernetzung all der lokalen urbanen Initiativen, die eine Verstärkung von unten zum Ziel haben und dafür Keile zwischen Immobilien- und transnationalem Anlagekapital auf der einen, und urbaner Politik auf der anderen Seite treiben wollen.

Christoph Twickel, geb. 1966

Journalist und Buchautor, hat die Hamburger ‹Recht auf Stadt›-Bewegung als Journalist begleitet und ist als Mitinitiator und Sprecher von ‹Not In Our Name›, Marke Hamburg zu einem ihrer Protagonisten geworden.